



Ausschuss für Schule und Bildung

41. Sitzung (öffentlich)

11. April 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:45 Uhr bis 9:50 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **3**

Gesetz zur Verlängerung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz) **4**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5618

in Verbindung mit:

Gesetz zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5638

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung einer Anhörung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, auch die islamischen Verbände schriftlich anzuhören.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Kirstin Korte teilt mit, dass sich die Obleute im Fall von Abstimmungen auf Fraktionsstärke verständigt hätten.

Gesetz zur Verlängerung des islamischen Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5618

in Verbindung mit:

Gesetz zum islamischen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach (14. Schulrechtsänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5638

Vorsitzende Kirstin Korte leitet ein, die plenare Überweisung der Gesetzentwürfe erfolge im Verlauf der heutigen Plenarsitzung. In der heutigen Sitzung stünden erstmalige Befassung und Vorratsbeschluss zur Durchführung einer Anhörung an.

Die Anhörung finde am Dienstag, den 28. Mai 2019, von 15:00 Uhr bis maximal 18:00 Uhr im Plenarsaal statt.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig die Durchführung einer Anhörung.

Vorsitzende Kirstin Korte bittet darum, bis zum 25. April 2019 die Sachverständigen zu benennen. Man habe sich auf maximal vier Sachverständige pro Fraktion verständigt.

Sigrid Beer (GRÜNE) regt an, auch die islamischen Verbände schriftlich anzuhören. Sie finde es nicht gut, nicht mit, sondern nur über Menschen zu sprechen.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, auch die islamischen Verbände schriftlich anzuhören.

Gabriele Hammelrath (SPD) teilt mit, dass in der Obleuterunde in großer Einigkeit festgelegt worden sei, dass es nicht nur um schulrechtliche, sondern auch um die verfassungsrechtliche Frage gehe.

Vorsitzende Kirstin Korte bedankt sich für den Hinweis.

gez. Kirstin Korte
Vorsitzender

12.04.2019/03.05.2019
73